

Verwaltungsrealität und politische Pläne wurden bisher hauptsächlich durch Gesetze und verfügbare Haushaltsmittel begrenzt. Doch wem ist die Wucht der Ruhestandswelle im Team Öffentlicher Dienst bewusst? Bis 2030 gehen fast 25 Prozent der mehr als fünf Mio. Beschäftigten in den Ruhestand. Nachkommende Generationen auf dem Arbeitsmarkt sind zahlenmäßig viel kleiner. Die Verfügbarkeit von qualifiziertem Personal und einsetzbare digitale Anwendungen geraten zum determinierenden Faktor für die Handlungsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung – insbesondere in Kommunen und Landesbehörden. Während Wirtschaft und Bürger vor Bürokratie längst aufschreien, scheint im Public Sector und in der Politik fast niemand darüber nachzudenken, wie lange die Öffentliche Hand ihrem Erfüllungsauftrag für die inzwischen 7.500 gesetzlichen und freiwilligen Leistungen personell noch nachkommen kann. Die 2014 beschlossene Bürokratiebremse funktioniert nicht richtig. Veränderung tut Not, das hat auch der Bundespräsident erkannt. Doch wie lässt sich die Verwaltungsarbeit vereinfachen, wenn der Bürokratiendschungel nicht ausgedünnt wird?

Recht hat einen Preis

Wenn kurz- bis mittelfristig 25 Prozent der Personalkapazität wegfällt und digitale Werkzeuge nicht rechtzeitig entlasten, muss der Erfüllungsaufwand im gleichen Maße sinken. Sonst gehen die verbleibenden Kollegen gnadenlos in Arbeit unter, die sie nicht mehr erfüllen können. Diese Perspektive liefert neue, schlagkräftige Argumente, an denen bisherige Deregulierung zu oft scheiterte. Recht hat einen Preis: den Erfüllungsaufwand. Geht es bei Normenkontrolle und Bürokratieabbau bisher mehr um die (externen) Kosten und Verfahrenshürden von Gesetzen und Vorschriften, rückt bei viel zu knappen Personalressourcen und schleppender Digitalisierung eine neue Priorität ins Blickfeld: Was kann die Verwaltung personell noch leisten, was ist überhaupt umsetzbar?

Lasst uns das Gold nehmen
Nein! Wir bauen nur Paragraphen ab.

(BS/Dr. Christian Ege) Deutschland hat sich in einem Netz aus weit über 15.000 Gesetzen und 200.000 Verwaltungsvorschriften in Bund und Ländern verfangen. Die Regelungsdichte wächst nicht nur in die Breite, sondern mehr noch in die Tiefe. Wie lange bleiben Kommunen und Länder in der Ruhestandswelle noch handlungsfähig?



Eine verschlankte Bürokratie kann nicht nur die Arbeitskraft des Staates sichern, sondern auch Geld einsparen.

Foto: BS/2024; Idee und Prompt: C. Ege, Bild: Freepik AI

Aufgabenkritik wäre eine langwierige Alternative. Welche Aufgaben der Staat auslagern kann, wie damals den TÜV, eine andere. Oder Warteschlangen bzw. kalkulierter Leistungsausfall mit 75 Prozent des Personals. Doch immer mehr Meldungen aus der Verwaltungspraxis zeigen: Hier läuft etwas aus dem Ruder. Es sind nur Vorboten.

Geht nicht, gibt's nicht

Zum Glück kann sich die Verwaltung selbst helfen. Denn Rechtsverordnungen können auf unterparlamentarischer Ebene geändert werden: in Bundes- und Landesmi-

nisterien. Doch welche Vorschriften sind verzichtbar und bringen die nötige personelle Entlastung? Alle Führungskräfte in den Schaltzentralen von Bundes- und Landesministerien, in Fach- wie politischen Abteilungen werden sich damit auseinandersetzen, welche Rechtsverordnungen ihres Geschäftsbereichs einfacher werden können, welche EU-Vorschriften und nationalen Gesetze einst zusätzlich mit „Sicherheits-Puffern“ und Steuerungskonzepten versehen wurden, was verzichtbar ist und welchen Anteil sie daran haben wollen, dass nachgelagerte Ämter

und Behörden, die Wirtschaft und die Demokratie handlungsfähig bleiben?

Behörden handlungsfähig halten

Das „BürokratEASY“ Projekt verfolgt das Ziel, die Regelungsdichte um 25 Prozent zu reduzieren. Die Rechnung ist einfach: Weniger Vorschriften bedeuten weniger Erfüllungsaufwand und damit eine Entlastung des Teams Öffentlicher Dienst. Ämter und Behörden in Kommunen und Ländern sollen handlungsfähig bleiben und ihre Aufgaben weiterhin effizient erfüllen.

Wie wird die Entfesselung von der Bürokratie möglich? „BürokratEASY“ setzt auf eine Mischung aus menschlicher Expertise und KI, um den riesigen Bestand an Vorschriften gezielt zu durchforsten und unnötige Regelungen zu identifizieren. Die Rückwärtsanalyse vom Praxisgeschehen zur Vorschrift hilft dabei, komplexe Verfahren auf ihre Ursachen zu prüfen. Überflüssige Regelungen werden zur Vereinfachung und Streichung vorgeschlagen, damit Amtsleitungen die richtigen Entscheidungen treffen können. Das kommt auch der Wirtschaft zugute.

Digitalen Zement verhindern

Digitale Transformation allein wird die Probleme nicht (rechtzeitig) lösen. Die ungeprüfte Übertragung analoger Vorschriften in digitale Systeme führt sogar zu „digitalem Zement“. Statt Effizienzgewinnen droht ein neuer Bürokratiekomplex in digitaler Form, sodass Änderungen an Verordnungen zukünftig zusätzlich von IT-Investitionen abhängen. Dies zu begrenzen, ist das zweite BürokratEASY-Ziel.

Bürokratiebefreiung jetzt

Der deutsche Staat steht an einem Scheideweg. Wer Regelungen ausdünn, schafft neuen Wachstumsspielraum zu sehr geringen Kosten. Das Projekt „BürokratEASY“ ruft Verwaltungen, Wirtschaft und Bürger auf, diesen Prozess zu unterstützen und Verwaltung und Wirtschaft von überflüssiger Bürokratie zu befreien.

Weitere Informationen finden Sie unter www.buerokratEASY.de.

Dem Thema Bürokratiebefreiung widmet sich der Behörden Spiegel am 21. Januar 2025 in einer Online-Diskussionsrunde. Mehr Informationen unter www.neuestadt.org



Dr. Christian Ege ist Staatssekretär a. D. und Gründer der Initiative BürokratEASY.

Foto: BS/privat

MODERNE VERWALTUNG MEISTERN

Warum schafft die Politik den Bürokratieabbau nicht?

Eine Kolumne von Dr. Gisela Meister-Scheufelen

Die Bürokratie wird von der Wirtschaft inzwischen als größter Wettbewerbsnachteil bezeichnet, noch vor dem Arbeitskräftemangel und den Energiekosten.

Die Bürokratiekosten der Wirtschaft durch Bundesgesetze betragen inzwischen 65 Mrd. Euro. Obwohl sich die meisten Politiker darüber einig sind, dass hier dringend etwas getan werden muss, gibt es so gut wie keine Fortschritte. Warum nicht? Fehlt es an einem ernsthaften politischen Willen?

Fehlt es an politischer Kraft, schwierige Probleme lösen zu können? Sind die Widerstände innerhalb der Ressorts seitens der Ministerialbürokratie zu groß?

Mit dem Bürokratieentlastungsgesetz IV hat die Bundesregierung

zumindest gezeigt, dass sie das Thema anpackt und mit einer Entlastung von knapp einer Mrd. Euro auch vorankommt. Gleichwohl ist dies weder ein Durchbruch noch eine spürbare Entlastung, da gleichzeitig vom Bund und insbesondere von der EU deutlich mehr noch an Bürokratiebelastung hinzugekommen ist.

Politik ohne Steuerungskraft

Das Gesetz ist das einzige wirksame Instrument der Politik und das ist systemisch eigentlich immer mit zusätzlicher Bürokratie verbunden. Wer z. B. klimapolitische oder sozialpolitische Ziele umsetzen will, braucht Regeln. Dabei herrscht die Vorstellung vor, dass Bürokratieabbau und notwendige klima- und sozialpolitische Standards einander grundlegend widersprechen. Das ist falsch. Schlanke, praxistaugliche und wirksame Gesetze würden der Politik erst die Steuerungskraft verleihen, die sie braucht, um ihre Ziele durchzusetzen. Inzwischen ist die Entlastung der

Wirtschaft auch ein Thema, das Wahlergebnisse verbessern kann. Dass wir das einzige größere Land Europas sind, das sich in einer Rezession befindet, hat auch eine wesentliche Ursache in der Überbürokratisierung.

Expertengremien helfen

Politik, die Arbeitsplätze und Wohlstand sichern will, ist gut beraten, das Entlastungsthema organisatorisch zu institutionalisieren. Hilfreich sind:

- unabhängige Regierungsgremien wie Normenkontrollräte im Bund und mehreren Bundesländern,
- Kooperationsgremien von Landesregierungen und Verbänden wie eine Entlastungsallianz (Baden-Württemberg) oder ein Bündnis gegen Bürokratie (Hessen),
- externe Prüfstellen bei Wirtschaftskammern wie die Clearingstellen in NRW und Niedersachsen oder

• regierungsinterne Instanzen wie die Ernennung eines Entbürokratisierungsministers in Hessen.

Letztlich helfen all diese Institutionen aber nur dann, wenn Regierung und Parlament ernsthaft an Bürokratievermeidung und -abbau interessiert sind. Solange neue Gesetze als Leistungsnachweis und Kontrollmechanismen, Perfektionismus und unbedingte Einzelfallgerechtigkeit als politische Messlatte verstanden werden, wird es keine Entlastung geben.

Bewährte und neue Umsetzungsstrategien

Selbst wenn eine Regierung fest entschlossen ist, Bürokratie abzubauen, wird sie dies nicht mit bloßer Ansage oder Verabredung im Koalitionsvertrag erreichen. Hier gilt es, eine Umsetzungsstrategie zu finden, mit der so viel Druck aufgebaut wird, dass die Widerstände innerhalb der Ressorts, der Regierungsfractionen, der Verbände sowie im föderalen

System überwunden werden können. Quantifizierte Bürokratieabbauziele, wie sie 2006 beschlossen wurden, sind ein guter Ansatz. Die Bundesregierung hatte sich 2006 vorgenommen, 25 Prozent der Bürokratiekosten der Wirtschaft zu senken. Dies war mit einer Entlastung in Höhe von zwölf Mrd. Euro bis 2011 gelungen. Aktuell entsprechen 25 Prozent 16 Mrd. Euro. Welch ein kostenloses Konjunkturprogramm! Wie sich heute zeigt, war dies aber nicht nachhaltig. Es hat keine Eingengesetzlichkeit begründet. Dies liegt wesentlich daran, dass kein Kulturwandel vollzogen wurde: „Culture eats strategy for breakfast“ (Peter Drucker). Das Verhältnis von Staat und Bürger muss neu austariert werden.

Der Staat muss dem Bürger mehr vertrauen: mehr Eigenverantwortung, mehr Freiheit für die Unternehmen, mehr Gelassenheit. Wenn der Staat seinen Bürgern nicht mehr vertraut, muss er sich nicht wundern, wenn auch die Bürger ihm nicht mehr vertrauen.



Dr. Gisela Meister-Scheufelen ist Dozentin, Autorin und ehemalige Vorsitzende des Normenkontrollrats Baden-Württemberg.

Foto: BS/privat